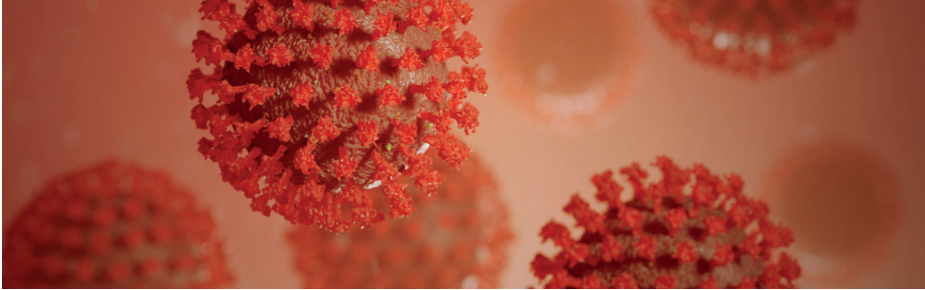


# Land hat Handlungsspielraum

## Corona-Krise sorgt für höhere Neuverschuldung



**Die Corona-Krise sorgt für massive Verwerfungen in unserer Gesellschaft. Menschen sterben und eine Rezession in der Wirtschaft verbunden mit einer höheren Arbeitslosigkeit erscheinen unausweichlich. Natürlich hinterlässt diese Krise ihre Spuren auch im Landeshaushalt von Baden-Württemberg. Es zeichnet sich ab, dass das Land neue Schulden aufnehmen wird.**

Seit Jahren hat sich der Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg für einen Stopp der Neuverschuldung der öffentlichen Hand ausgesprochen. Dabei war der Steuerzahlerbund erfolgreich. Das Land Baden-Württemberg hat seit dem Jahr 2014 keine neuen Schulden aufgenommen. In den Jahren 2018 und 2019 wurden Schulden im Umfang von 1,25 Milliarden Euro getilgt. Weil in den vergangenen Jahren ein restriktiver Schuldenkurs gefahren wurde, besteht nun in der Krisenzeit die Möglichkeit neue Schulden aufzunehmen. Genau das entspricht dem Geist der Schuldenbremse.

Der Stopp der Neuverschuldung war möglich, weil die Steuereinnahmen in Baden-Württemberg in den letzten Jahren stark angestiegen sind. Aber auch in diesen einnahmestarken Jahren gab es viele Stimmen, die schuldenfinanzierte Programme aller Art gefordert haben. Hätte man auf diese Stimmen gehört, wäre die Situation im Landeshaushalt heute deutlich schlechter.

### Neue Gesetze sorgen für Neuverschuldung

Am 23. März 2020 wurden im Gesetzblatt für Baden-Württemberg zwei Gesetze veröffentlicht, die zuvor im Eiltempo im Landtag beschlossen wurden. Zum einen das Gesetz zur Feststellung einer Naturkatastrophe, zum anderen das Gesetz über einen Nachtrag zum

Landeshaushalt 2020/2021. Beide Gesetze haben weitreichende Konsequenzen für den Landeshaushalt.

Die Corona-Krise ist eindeutig eine Notsituation. Die Feststellung dieser Tatsache durch den Landtag, um den Weg für neue Schulden frei zu machen, ist daher nicht zu kritisieren. Das Land wurde nun ermächtigt im Jahr 2020 neue Schulden in Höhe von fünf Milliarden Euro aufzunehmen, um Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Epidemie zu finanzieren. Für Jahr 2021 ist keine zusätzliche Schuldenaufnahme vorgesehen.

Man kann nur hoffen, dass nicht noch mehr Schulden hinzukommen. Denn der Landeshaushalt gerät von zwei Seiten unter Druck. Ausgabenseitig muss die strauchelnde Wirtschaft finanziell unterstützt werden. Einnahmeseitig ist unklar, wie sich die Krise auf die Steuereinnahmen auswirken wird. Denn die Gewinne der Unternehmen werden einbrechen und die Einkommen sinken.

### Schuldenaufnahme als letztes Mittel

Dennoch sollte der Rückgriff auf die Neuverschuldung immer das letzte Mittel sein. Ein Teil der drohenden Finanzierungslücke kann möglicherweise durch den Abbau weiterer Reserven geschlossen werden. Der Bund der Steuerzahler hatte an dieser Stelle bereits auf die aufgelaufenen Ausgabenreste hingewiesen. Ausgabenreste sind in Vorjahren bewilligte Ausgabeermächtigungen, die aber noch nicht in Anspruch genommen wurden. Sie belaufen sich auf 4,2 Milliarden Euro. Hinzu kommen 900 Millionen Euro in den Landesbetrieben. Diese Zahlen erwecken den Eindruck, dass in den letzten Jahren bei der Haushaltsaufstellung Ausgabepositionen zu hoch bewertet wurden, um Spielräume für die Politik zu schaffen.

Die Strategie der Bildung von Reserven spiegelt sich auch in der Schuldenpolitik des Landes wider. Das Land hat zum Ende des Jahres 2019 einen Schuldenstand von ca. 45 Milliarden Euro ausgewiesen. Man könnte also denken, dass Land sei in dieser Höhe tatsächlich verschuldet, aber weit gefehlt. Die valutierten, also tatsächlich in Anspruch genommenen Schulden beliefen sich in 2019 auf durchschnittlich 36 Milliarden Euro. Die Differenz von neun Milliarden Euro ist hingegen nicht valutiert. Das bedeutet, diese Schulden wurden tatsächlich nicht aufgenommen, aber das Land hat das Recht sich in dieser Höhe zu verschulden. Neben dem Anzapfen der finanziellen Reserven müssen auch alle nicht notwendigen Ausgaben überprüft werden.

Das Land hat die Schuldenaufnahme mit einem Tilgungsplan versehen. Die fünf Milliarden Euro sollen ab dem Jahr 2024 über einen Zeitraum von zehn Jahren wieder abgebaut werden und zwar mit einer gleichmäßigen Tilgung in Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr. Das bedeutet, dass die Haushaltsspielräume in den nächsten Jahren enger werden.

### Schuldenbremse wirkt

Für die finanzielle Zukunft des Landes wird entscheidend sein, ob sich die Wirtschaft schnell von der derzeitigen Krise erholen wird. Rückblickend muss man aber klar feststellen, dass die Schuldenpolitik der letzten Jahre besser war als in den vorangegangenen Jahren. Die Schuldenbremse hat dafür gesorgt, dass das Land die Ausgaben nicht über Gebühr erhöht hat. Sie sorgt heute dafür, dass das Land die Möglichkeit hat neue Schulden zur Bekämpfung der Notsituation aufzunehmen.

---

## IMPRESSUM

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg e.V., Postfach 70 01 52, 70571 Stuttgart, Tel.: 0711/76 77 40, Fax: 0711/7 65 68 99  
E-Mail: [info@steuerzahler-bw.de](mailto:info@steuerzahler-bw.de)  
Homepage: [www.steuerzahler-bw.de](http://www.steuerzahler-bw.de)

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, 10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur: Dipl. oec. Z. Bilaniuk

Druck: Dierichs Druck Media GmbH & Co. KG, 34121 Kassel